

Matthias Freise

Vom Boom zur Konsolidierung: Zivilgesellschaftliche Entwicklungslinien in Ostmitteleuropa

Abstract

Ein starker Indikator für den zivilgesellschaftlichen Nachholbedarf der Gesellschaften des ehemaligen Ostblocks war der Gründungsboom insbesondere von Vereinen und Stiftungen nach 1989. Das bürgerschaftliche Engagement erlebte im Anschluss an den Erosionsprozess der abgewirtschafteten kommunistischen Regime einen enormen Aufschwung. Inzwischen hat sich der Gründungsboom aber abgeschwächt bzw. normalisiert und entspricht nicht mehr dem Niveau der späten 1980er und frühen 1990er Jahre. Es haben sich Strukturbedingungen postsozialistischer Zivilgesellschaften herausgebildet, die für die Vertiefung der Demokratie in Europa nicht unproblematisch sind.

I. Einleitung

Betrachtet man die zahlreichen aktuellen Studien zur politischen Kultur und Zivilgesellschaft in den postsozialistischen Staaten Ostmitteleuropas, so erscheint die Einschätzung durchaus plausibel, dass sich in diesen Ländern strukturschwache Zivilgesellschaften herausgebildet haben, die noch immer einem Transformationsprozess unterliegen. Nach anfänglicher Euphorie kurz vor und nach der politischen Wende 1989/90 ist das bürgerschaftliche Engagement in freiwilligen Assoziationen jedweder Art auf dem Rückzug. Das Engagement in Vereinen, kirchlichen Organisationen, Umweltgruppen, Bürgerbewegungen, Parteien und Gewerkschaften sinkt leicht oder stagniert auf einem Niveau, das im Regionalvergleich deutlich unter dem der alten Demokratien Westeuropas liegt. Dies gilt auch für die acht ostmitteleuropäischen Länder, die im Mai 2004 der Europäischen Union beigetreten sind: Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien und die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Allerdings hat sich hier die Aussicht auf Westintegration im Sinne von Christiane Frantz (2000) als Stabilitätsanker der Demokratisierung erwiesen. Es sind liberal-demokratische Regierungssysteme entstanden, wenngleich der Konsolidierungsprozess der postsozialistischen Gesellschaften noch lange nicht abgeschlossen ist (Ismayr 2004). Der vorliegende Beitrag zeichnet die zivilgesellschaftlichen Entwicklungslinien in Mittelosteuropa zunächst holzschnittartig nach, um anschließend die Ursachen für die Strukturbedingungen postsozialistischer Zivilgesellschaften zu diskutieren.

II. Partizipation in postsozialistischen Zivilgesellschaften

Typisch für die autoritären Regime Ostmitteleuropas war das Bestreben, die Bevölkerung in so genannte sozialistische Vorfeldorganisationen einzubinden. Bis zur „samtenen Revolution“ 1989/90 existierten in allen Ländern zahlreiche solcher Organisationen, angefangen bei den Jugendvereinigungen und Gewerkschaften über die Kulturorganisationen bis hin zu Naturfreunden und Briefmarkensammlern, in denen ein Großteil der sozialistischen Bevölkerung mehr oder minder zwangsweise zusammengeschlossen war. Jan Kubik (2000: 184f.) stellt fest, dass der formale

Organisationsgrad sozialistischer Gesellschaften – wenn auch unfreiwillig – weitaus höher gewesen ist als in allen anderen politischen Systemtypen. Bernhard Weißels kategorisiert postsozialistische Gesellschaften deshalb auch als „überorganisiert“, vor allem im Bereich der Mitgliedschaften in Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien, also in jenen Organisationen, die das sozialistische Regime als „zentrale Einrichtungen der Mobilisierung von oben“ einsetzte (Weißels 2004: 177).

Die Vorfeldorganisationen in den autoritären Regimen des real existierenden Sozialismus können sicherlich nicht als zivilgesellschaftliche Vereinigungen im liberal-demokratischen Sinne gekennzeichnet werden, waren sie doch abhängig vom Regime, standen zumeist in ideologischer Nähe zum Sozialismus und übten Repressionen auf Personen aus, die sich einer Mitgliedschaft verweigerten. Trotzdem erfüllten diese Organisationen in den sozialistischen Gesellschaften Funktionen, die denen von zivilgesellschaftlichen Vereinigungen in liberal-demokratischen Gesellschaften zumindest in Teilen sehr ähnlich sind. Sie fungierten als Sozialisationsagenturen, indem sie Gemeinschaft stifteten. Sie bildeten ein Rekrutierungsreservoir für politische Ämter und stellten Dienstleistungen für ihre Mitglieder und auch für Dritte bereit (Kubik 2000: 185). Zdenka Mansfeldová et al. (2004: 101) bezeichnen diese Organisationen deshalb auch als „pseudo-zivilgesellschaftliche“ Gruppierungen, die hochgradig organisiert waren.

Als die sozialistischen Regime zusammenbrachen und die neuen demokratisch gewählten Regierungen Anfang der 1990er Jahre Assoziations- und Koalitionsfreiheit gewährten, waren die sozialistischen Vorfeldorganisationen mit ihrer breiten Mitgliederbasis wichtige Anknüpfungspunkte für die neu entstehenden Zivilgesellschaften. Zwar gab es nach 1990 auch viele Neugründungen. Aus den ehemaligen sozialistischen Vorfeldorganisationen entstanden jedoch gleichzeitig vielfach reformierte Nachfolgeorganisationen, die ihre enge Anbindung an den Staat ablegten und nun ihre Arbeit als unabhängige Organisationen fortsetzten. Und sie vereinen bis heute trotz einer anhaltenden Austrittswelle einen Großteil der Mitgliedschaften der Bürgerinnen und Bürger auf sich (Mansfeldová et al. 2004: 101ff.).

Insgesamt verzeichnet der freiwillige Sektor seit der politischen Wende in den neuen EU-Mitgliedsländern einen geringen Organisationsgrad. Das Projekt *Consolidation of Democracy in Central and Eastern Europe* [<http://info1.za.gesis.org/DBKSearch12/SDESC2.asp?no=4054&search=Consolidation&search2=&DB=D>] des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung bestätigt, dass sich die Bindung der postsozialistischen Bevölkerungen in freiwilligen Vereinigungen innerhalb von zehn Jahren deutlich gelockert hat. Diese Lockerung ist jedoch nicht zwangsläufig als Niedergang der Zivilgesellschaften zu betrachten, vielmehr stellt sie eine Normalisierung dar. Betrachtet man nämlich die organisatorische Bindung der Zivilgesellschaften genauer, stellt man fest, dass zwischen 1990 und 2001 Mitgliedschaften vor allem in den Parteien und in den Gewerkschaften zurückgegangen sind, also in jenen Organisationsformen, die sich auch als Hinterlassenschaft der sozialistischen Regime bezeichnen lassen (Weißels 2004: 177f.). Wie Tabelle 1 zeigt, hat der Organisationsgrad ohne Gewerkschafts- und Parteimitgliedschaften in einigen Staaten zwischen 1990 und 2000 sogar leicht zugenommen.

Tabelle 1: Organisationsgrade der postsozialistischen Gesellschaften 1990/1991 und 2000/2001 (in Prozent)

	Organisationsgrade, alle Organisationen		Organisationsgrade ohne Gewerkschaften und Parteien		Veränderungen (1990 – 2000)	
	1990/1991	2000/2001	1990/1991	2000/2001	Alle	Ohne Gewerkschaften und Parteien
Tschechien*	76,1	51,9	60,1	47,4	-24,3	-12,7
Slowakei*	77,2	57,9	60,2	49,6	-19,3	-10,6
Ungarn	49,3	33,8	20,4	27,2	-15,5	6,8
Polen	35,4	18,5	17,6	13,7	-16,9	-3,9
Litauen	42,8	27,2	21,2	25,3	-15,7	4,1
Lettland	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Estland	68,4	39,3	30,4	37,6	-29,1	7,2
Slowenien	63,1	61,5	47,8	52,0	-1,6	4,2

Quelle: Zusammenstellung aus Wessels (2004: 178)

Quelle des Datensatzes: PCP-Umfragen I und II (Kooperationsprojekt „The Post Communist Publics“, WZB u.a.)

*1990/1991 tschechischer bzw. slowakischer Teil der Tschechoslowakei

Trotzdem sind die heutigen Zivilgesellschaften in den postsozialistischen Staaten strukturell eher schwach ausgeprägt, denn parallel zu dem Rückgang der Mitgliedschaften in freiwilligen Vereinigungen ist in den meisten Ländern auch die durchschnittliche Zahl der Mitgliedschaften des einzelnen Bürgers gesunken. Etwa die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger sind in den neuen Mitgliedsstaaten der EU heute nicht mehr Mitglied in einer freiwilligen Assoziation (Howard 2003). Gleichzeitig ist die Zahl derjenigen, die Mitglied in mehreren Organisationen sind, deutlich zurückgegangen.

Wie die verschiedenen Erhebungen des zivilgesellschaftlichen Sektors in Ostmitteleuropa gezeigt haben (vgl. z.B. Ulram/Plasser 2003; Pickel/Jacobs 2001 [<http://www.kuwi.euw-frankfurt-o.de/~vgkulsoz/EU%20Projekt/papers/Pp2.pdf>]), befand sich das Assoziationswesen in dieser Region in den vergangenen Jahren in einem weit reichenden Transformationsprozess. Nichts deutet darauf hin, dass dieser bereits abgeschlossen ist. Vermutlich wird sich die interne Re-Strukturierung des zivilgesellschaftlichen Sektors weiter fortsetzen.

III. Bürgerschaftliches Engagement in Ostmitteleuropa

Neben dem Organisationsgrad ist das Engagement ein wichtiger Indikator zur Beurteilung einer Zivilgesellschaft. Es leuchtet ein, dass Zivilgesellschaften unmittelbar auf die politische und soziale Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger angewiesen sind. Ohne Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist eine demokratiestützende Zivilgesellschaft nicht denkbar.

Engagement und Partizipation können dabei unterschiedliche Ausprägungen haben: privat, öffentlich, institutionalisiert oder nicht institutionalisiert (Weßels 2004: 189). Zu

den institutionalisierten politischen Partizipationsformen gehört beispielsweise die Beteiligung der Bevölkerung an Wahlen. Hier lässt sich grundsätzlich in ganz Ostmitteleuropa eine im Vergleich zu den westeuropäischen Staaten deutlich geringere Wahlbeteiligung ausmachen (Neller/van Deth 2006 [http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=TIEQV1&page=0]). Partizipation kommt aber nicht nur in der Beteiligung an Wahlen zum Ausdruck. Die Studie *Consolidation of Democracy in Central and Eastern Europe* hat weitere Indikatoren entwickelt, um postsozialistische Gesellschaften zu untersuchen. Dabei handelt es sich einmal um private Formen (Zeitunglesen, eine politische Diskussion führen, Freunde von den eigenen Ansichten zu überzeugen versuchen), zum anderen um öffentliche (nicht institutionalisierte) Formen (politische Arbeit in der Gemeinde, Teilnahme an politischen Veranstaltungen und Demonstrationen, Kontaktieren von Politikern, für eine Partei arbeiten). Die Ergebnisse der Erhebung zeichnen für die postsozialistischen Staaten ein recht einheitliches Bild: Gut 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger schätzen sich selbst mehr oder minder als politisch interessiert ein. Sie nehmen also an politischen Diskussionen im Bekanntenkreis teil und informieren sich regelmäßig über politische Prozesse (Weßels 2004: 191). Nicht institutionalisierte Formen politischen Engagements sind hingegen wesentlich weniger verbreitet. Nur ein sehr kleiner Teil der Bürgerinnen und Bürger gab im Jahr 2001 an, sich an politischen Veranstaltungen und Demonstrationen zu beteiligen. Fand die Oppositionsbewegung 1989/90 noch breite Unterstützung durch die Bevölkerungen der meisten sozialistischen Transformationsstaaten, ist das öffentliche Engagement gegenwärtig sehr gering. Besonders bedenklich ist dabei, dass sich vor allem junge Menschen in der Altersgruppe 18 bis 30 Jahre eher selten bürgerschaftlich engagieren. Die Ergebnisse der zweiten Erhebungswelle des European Social Surveys (ESS) [<http://www.europeansocialsurvey.org/>] aus dem Jahr 2004 bestätigen diese Befunde: In Ostmitteleuropa sind alle Formen der politischen Partizipation deutlich geringer ausgeprägt als in den westeuropäischen Vergleichsländern (Neller/van Deth 2006: 32f.).

Dies gilt auch für die Unterstützung von Engagement durch Spenden oder die Bereitstellung von finanziellen Ressourcen, etwa durch die Gründung einer Stiftung. Obwohl die Datenlage zur Philanthropie europäische Vergleiche nur sehr eingeschränkt zulässt, zeigt sich auch hier, dass die Spendenbereitschaft der postsozialistischen Bevölkerungen im Vergleich zu den etablierten Demokratien vergleichsweise schwach ausgeprägt ist (Priller/Sommerfeld 2005 [<http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2005/i05-202.pdf>]). Dies gilt nicht nur im absoluten Spendenaufkommen, sondern auch, wenn die Höhe der Spenden in Relation zum Einkommen gesetzt wird.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die verschiedenen Formen der Beteiligung der postsozialistischen Bürgerinnen und Bürger – sei es durch die Teilnahme an Veranstaltungen, sei es durch freiwilliges Engagement oder durch Spendenleistungen – im Unterschied zu westlichen Demokratien gering ausgeprägt sind. Worin liegen die Ursachen für dieses Phänomen?

IV. Strukturbesonderheiten postsozialistischer Zivilgesellschaften

Marc Howard (2003) kommt in seiner Studie zu den Strukturbesonderheiten postsozialistischer Länder zu dem Ergebnis, dass sich für die dargestellten

zivilgesellschaftlichen Entwicklungsmuster in Ostmitteleuropa ein ganzes Bündel an Erklärungen anführen lässt. Die vergleichsweise geringe politische Partizipation und die zurückgehenden Mitgliedschaften in freiwilligen Vereinigungen lassen sich demnach vornehmlich als Resultat persistenter Familien- und Freundschaftsnetzwerke kennzeichnen. Diesen kam im sozialistischen Alltag im Unterschied zu demokratischen Gesellschaften mit einem freien Assoziationswesen eine noch viel wichtigere Rolle für das Individuum zu. Da alle Ansätze eines gesellschaftlichen Pluralismus bereits im Keim erstickt wurden, nahm der weitaus größte Teil der Bevölkerung eine passiv-neutrale Position gegenüber dem Regime ein und zog sich in die Privatheit zurück, die vom Regime weitgehend unangetastet blieb (Mansfeldová/Szabó 2000: 97). Hier war freie Rede möglich, hier war man bereit, sich zu engagieren.

Familien- und Freundschaftsnetzwerke waren in sozialistischen Gesellschaften aber auch deshalb von großer Wichtigkeit für die Menschen, weil sie im wirtschaftlichen Alltag genutzt werden konnten. Diese privaten Strukturen haben sich in den vergangenen Jahren als weitgehend persistent erwiesen. Howard (2003) kann anhand von Tiefeninterviews in Russland und Ostdeutschland nachweisen, dass sich im Transformationsprozess Freundschaftsnetzwerke zwar gelockert haben, für die Menschen jedoch bis heute zentraler Bezugspunkt im Alltag sind, während das Erleben von Gemeinschaft in freien Assoziationen mit zunächst fremden Menschen eine sehr untergeordnete Rolle spielt. Dies erklärt auch, warum das soziale Vertrauen in postsozialistischen Gesellschaften stark ausgeprägt ist. Ein Großteil der postsozialistischen Gesellschaft kann keine Vorteile in einer Mitgliedschaft in voluntären Assoziationen erkennen. Hier müssen sie sich Satzungen und Mehrheitsentscheidungen unterwerfen, Mitgliedsbeiträge entrichten und mit Menschen kooperieren, deren Gesellschaft sie vielleicht gar nicht schätzen. Kurzum: Freiwilligen Vereinigungen werden keinerlei Vorteile gegenüber bestehenden sozialen Bindungen eingeräumt. Es erscheint plausibel, dass sich diese Ergebnisse auch auf die übrigen neuen Mitgliedsländer der EU übertragen lassen.

Der zweite Grund für die geringe Partizipation in freiwilligen Assoziationen ist das stark ausgeprägte Misstrauen gegenüber formalen Organisationen jedweder Art, auch wenn sie auf Freiwilligkeit beruhen. Dieses ist ebenfalls ein Relikt der sozialistischen Vergangenheit, in der die meisten Menschen in zahlreichen Organisationen – angefangen bei Gewerkschaften über Jugendclubs bis hin zu Frauengruppen – eingebunden waren. Die Mitgliedschaft war jedoch häufig obligatorisch. Sie sicherte in vielen Fällen persönliche Vorteile, oft waren Karrierechancen an Mitgliedschaften in sozialistischen Vorfeldorganisationen geknüpft. Viele Bürgerinnen und Bürger empfanden die Mitgliedschaft in diesen Organisationen als Zwang. Lediglich in wenigen politischen Vereinigungen wie etwa Hobby- und Freizeitclubs war die Mitgliedschaft freiwillig, dennoch bestand hier ebenfalls eine staatliche Kontrolle (Mansfeldová et al. 2004).

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass Freizeitvereine den mit Abstand größten Zulauf in den postsozialistischen Gesellschaften haben, während man politischen und sozialen Organisationen mit Misstrauen begegnet. Häufig lässt sich eine Gleichsetzung der kommunistischen Massenorganisationen mit den neuen freiwilligen Assoziationen beobachten. Insgesamt ist die Legitimität der freiwilligen Assoziationen in den Augen der postsozialistischen Bevölkerung eher gering ausgeprägt. Das Misstrauen wurde zudem durch eine Reihe von

Korruptionsskandalen bestärkt, in die Vertreter von freiwilligen Assoziationen verwickelt waren (Salamon/Anheier 1999: 32). Auch die intransparente Einbindung sozialistischer Nachfolgeorganisationen in die staatliche Wohlfahrtsproduktion hat das Misstrauen weiter bestärkt (Frič 2001: 16). Nur wenige freiwillige Vereinigungen genießen großes Vertrauen, andere freiwillige Assoziationen müssen sich die Zustimmung der Bevölkerung erst langsam erarbeiten. Dabei stehen zivilgesellschaftliche Vereinigungen ihrerseits vor dem Problem, sich in starke Dachverbände zu integrieren. Grundsätzlich lässt sich in den zivilgesellschaftlichen Basisgruppen eine Ablehnung der Dachverbände beobachten, die als Beschränkung der Unabhängigkeit häufig abgelehnt werden.

Das nachlassende Vertrauen der postsozialistischen Gesellschaften in die politischen Institutionen ist ein weiterer Grund, mit dem sich die Strukturbesonderheiten postsozialistischer Zivilgesellschaften erklären lassen. Es ist einerseits in dem generellen Misstrauen gegen den Staat begründet, mit dem im Sozialismus überwiegend schlechte Erfahrungen verbunden waren (Howard 2003: 43). Andererseits ist das sinkende Vertrauen in den Staat eng mit der Enttäuschung über die Performanz staatlicher Leistungen verknüpft. Albert Hirschman (1982) stellt in seiner bahnbrechenden Studie „Engagement und Enttäuschung“ fest, dass zivilgesellschaftliches Engagement an die ökonomische Entwicklung geknüpft ist. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Enttäuschung des Einzelnen über die ökonomische Entwicklung zu nachlassendem Engagement für die Gemeinschaft führt. Erhebungen zur politischen Kultur in Ostmitteleuropa wie das Eurobarometer [http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm] belegen, dass in nahezu allen Ländern die Zufriedenheit mit Politik-Ergebnissen erheblich nachgelassen hat. Angesichts der ökonomischen Entwicklung der Staaten ist dies allerdings nur zum Teil nachvollziehbar. Zwar erreicht die Arbeitslosigkeit fast überall ein stabil hohes Niveau, und die Länder erlebten in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre eine ökonomische Krise, alles in allem betrachtet wurde die Transformation des Wirtschaftssystems in den neuen Mitgliedsstaaten der EU jedoch im Vergleich zu anderen Transformationsstaaten relativ erfolgreich umgesetzt. Dass dennoch eine hohe Enttäuschung über die politische und ökonomische Entwicklung zu verzeichnen ist, lässt sich mit der sehr hohen Erwartungshaltung der postsozialistischen Gesellschaften erklären. Liberal-demokratische Regierungssysteme wurden von weiten Teilen der sozialistischen Bevölkerung euphorisch als Garanten wirtschaftlichen Erfolges betrachtet. Gleichzeitig richteten die Bürgerinnen und Bürger in postsozialistischen Gesellschaften hohe Ansprüche an den Staat, insbesondere im Bereich der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen (Freise/Zimmer 2004). Da der Staat diesen hohen Ansprüchen aber nicht gerecht werden kann, ist eine hohe Ausprägung von Systementtäuschung kombiniert mit nachlassendem zivilgesellschaftlichem Engagement in der Bevölkerung nicht verwunderlich.

Das im Vergleich zu Westeuropa geringer ausgeprägte bürgerschaftliche Engagement lässt sich auch als Legitimationsdefizit zivilgesellschaftlicher Organisationen und Aktivität beschreiben. Es kommt vielerorts – wenn auch nicht in allen neuen EU-Ländern gleichermaßen – auch im Verhältnis zwischen Staat und zivilgesellschaftlichen Akteuren zum Ausdruck (Frič 2004). Wie bereits dargestellt, erreichte die zivilgesellschaftliche Opposition in allen Staaten 1989/90 einen Höhepunkt. Unmittelbar mit Inkrafttreten der neuen Verfassungen und der damit verbundenen Garantie des Vereinigungsrechts erlebte der zivilgesellschaftliche Sektor einen wahren Organisationsgründungsboom. Und die neuen politischen Eliten

standen dieser Entwicklung zunächst mit Wohlwollen gegenüber, rekrutierten sie sich doch zu einem nicht unerheblichen Teil selbst aus den Oppositionsgruppen (Glenn 2001). Dieses anfängliche Wohlwollen der staatlichen Institutionen wich jedoch, als die gewählten Verfassungsorgane vor die schwierige Aufgabe des wirtschaftlichen und sozialen Umbaus gestellt wurden (Frič 2004: 218). Einerseits schwächte sich die Gründungseuphorie der ersten Jahre deutlich ab, und bei zahlreichen Bürgern ließen sich ein zunehmendes Desinteresse an öffentlichen Problemen und ein Rückzug in die Privatsphäre feststellen (Mansfeldová/Szabó 2000: 105). Andererseits begann die Regierung, eine eher „kühl reservierte Haltung“ (Frič 2004: 223) gegenüber dem Sektor und seinen Organisationen einzunehmen. Dies geschah vor dem Hintergrund einer wachsenden Infragestellung der Legitimität zivilgesellschaftlicher Organisationen, die aufgrund ihres nicht vorhandenen Wählermandats in ihrem Einfluss zurückgedrängt werden sollten. Darüber hinaus hat sich bis heute in zahlreichen postsozialistischen Ministerialbürokratien ein ausgeprägter Etatismus erhalten, der neuartige Governance-Konzepte nur zögerlich adaptiert. Mit der demokratischen Institutionalisierung und Konsolidierung ab Mitte der 1990er Jahre begann somit für die Zivilgesellschaft eine problematische Periode, die von Zeitzeugen als „Phase der Unsicherheit“ charakterisiert wird (Frič 2004). Allerdings muss auch eingeräumt werden, dass in den neuen Mitgliedsstaaten z.T. sehr innovative Steuergesetzgebungen zur nachhaltigen Finanzierung des zivilgesellschaftlichen Sektors entwickelt worden sind (vgl. hierzu Bullian 2004 [www.efc.be/cgi-bin/articlepublisher.pl?filename=NB-SE-10-04-1.html]).

Trotzdem lassen sich grundsätzlich zwei Problemebenen benennen, mit denen das Verhältnis Staat – Zivilgesellschaft im postsozialistischen Transformationsprozess beschrieben werden kann. Demnach standen die neuen politischen Eliten vor der schwierigen Herausforderung, einerseits durch die Bereitstellung adäquater rechtlicher Rahmenbedingungen zivilgesellschaftliches Engagement überhaupt zu ermöglichen, andererseits aber nicht durch eine starke Zivilgesellschaft die Legitimität der demokratisch gewählten Institutionen in Frage zu stellen. Außerdem stellte sich ihnen die Aufgabe, die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft bei der staatlichen Leistungserstellung neu auszurichten, was insbesondere bei der Reform des umfassenden Sozialstaates sozialistischer Prägung dringlich und wichtig war. Im Ergebnis kann man zeigen, dass in den ostmitteleuropäischen Ländern recht unterschiedliche Wege bei der Übertragung von Dienstleistungen an Nonprofit-Organisationen eingeschlagen wurden (Freise/Zimmer 2004). Der Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Akteuren in die Policy-Formulierung stehen sehr viele Regierungen und Parlamente hingegen eher ablehnend gegenüber. Dies ist nicht zuletzt eine Folge fehlender oder nicht schlagkräftiger Dachverbandsstrukturen zivilgesellschaftlicher Assoziationen in diesen Ländern, die typisch sind für postautoritäre Staaten (Frič 2004). War hier zunächst ein gemeinsames Agieren gegen das alte Regime vorrangig, wird nach dem geglückten Systemwechsel ein Grundproblem des Pluralismus offenbar: Einerseits ist die Koexistenz verschiedener Interessen, Ansichten und Lebensstile konstitutiv für liberale Demokratien, andererseits darf sich eine Zivilgesellschaft auch nicht atomisieren, wenn sie politischen Einfluss nehmen soll (Lauth 1999). In den ostmitteleuropäischen Ländern ist der schwierige Spagat noch nicht in Gänze gelungen.

V. Ausblick

Rückblickend lässt sich weder die optimistische Erwartung von Guillermo O'Donnell und Philippe Schmitter (1986: 49) bestätigen, die für die Zeit nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in Ostmitteleuropa ein explosionsartiges Anwachsen zivilgesellschaftlichen Engagements der Bevölkerung prognostizierten, noch trat das sehr pessimistische Szenario Ralf Dahrendorfs (1990) ein, der die postsozialistischen Gesellschaften als derartig beschädigt betrachtete, dass es etwa dreier Generationen bedürfe, um eine demokratiestützende Zivilgesellschaft zu re-etablieren.

Dennoch müssen die vergleichsweise schwachen Zivilgesellschaften als bedenklich für die weitere demokratische Entwicklung Ostmitteleuropas und der Europäischen Union eingestuft werden, sind es doch die freiwilligen Assoziationen als institutionalisiertes Herzstück der Zivilgesellschaft, denen gemeinhin das Potential zugesprochen wird, demokratisches Verhalten einzuüben, politische Eliten zu rekrutieren und zu sozialisieren, außerparlamentarische Opposition auszuüben sowie soziales Kapital im Sinne Putnams (2000) zu erzeugen, das als Bedingung vitaler Demokratien betrachtet wird. Maßnahmen zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements haben bislang allenfalls moderaten Erfolg gezeigt (Freise 2004). Es wäre deshalb sehr wünschenswert, wenn die Zivilgesellschaft als Schlüssel zu einer erfolgreichen demokratischen Konsolidierung verstärkt Aufmerksamkeit erlangen könnte. Initiativen wie das 2005 eingerichtete Forum „Zukunft der Demokratie“ [www.coe.int/T/E/Com/Files/Events/2005-democratie/] des Europarates, in dem Best-Practice-Beispiele der nationalen Engagementpolitiken gesammelt und dokumentiert werden sollen, können dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Literatur

- Bullain, Nilda 2004: Explaining Percentage Philanthropy: Legal Nature, Rationales, Impacts, in: Social Economic and Law Journal. Herbst-Ausgabe/2004: www.efc.be/publications/sealabstract.html.
- Dahrendorf, Ralf 1990: Betrachtungen über die Revolution in Europa in einem Brief, der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist, Stuttgart.
- Frantz, Christiane 2000: EU-Integration als Transformationsrahmen? Demokratische Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union, Opladen.
- Freise, Matthias 2004: Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten, Münster.
- Freise, Matthias/Zimmer, Annette 2004: Der Dritte Sektor im wohlfahrtsstaatlichen Arrangement der post-sozialistischen Visegrád-Staaten, in: Kötz, Hein (Hrsg.): Non Profit Law Yearbook 2003, Köln, 175-194.
- Frič, Pavol 2001: Giving and Volunteering in the Czech Republic, Prag.
- Frič, Pavol 2004: Political Developments after 1989 and their Impact on the Nonprofit Sector, in: Zimmer, Annette/Priller, Eckhard (Hrsg.): Future of Civil Society. Making Central European Nonprofit Organizations Work, Wiesbaden, 217-240.
- Glenn, John K. 2001: Framing Democracy. Civil Society and Civic Movements in Eastern Europe, Stanford.
- Hirschman, Albert 1982: Engagement und Enttäuschung, Frankfurt/Main.
- Howard, Marc 2003: The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe, Cambridge.
- Ismayr, Wolfgang 2004: Die politischen Systeme Osteuropas im Vergleich, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen, 9-68.
- Kubik, Jan 2000: Between the State and Networks of "Cousins": The Role of Civil Society and Noncivil Associations in the Democratisation of Poland, in: Bermeo, Nancy/Nord, Peter (Hrsg.): Civil Society before Democracy. Lessons from Nineteenth-Century Europe, Oxford, 181-207.

- Lauth, Hans-Joachim 1999: Strategische, reflexive und ambivalente Zivilgesellschaften: Ein Vorschlag zur Typologie von Zivilgesellschaften im Systemwechsel, in: Zinecker, Heidrun (Hrsg.): Unvollendete Demokratisierung in Nichtmarktökonomien, Amsterdam, 95-120.
- Mansfeldová, Zdenka/Szabó, Máté 2000: Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß Ost-Mitteuropas: Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen, 89-114.
- Mansfeldová, Zdenka/Nałęcz, Sławomir/Priller, Eckhard/Zimmer, Annette 2004: Civil Society in Transition: Civic Engagement and Nonprofit Organizations in Central and Eastern Europe after 1989, in: Zimmer, Annette/Priller, Eckhard (Hrsg.): Future of Civil Society. Making Central European Nonprofit-Organizations Work, Wiesbaden, 99-119.
- Neller, Katja/van Deth, Jan 2006: Politisches Engagement in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament), Heft 30-31, 30-38.
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe 1986: Transition from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, Baltimore.
- Pickel, Gert/Jacobs, Jörg 2001: Einstellungen zur Demokratie und zur Gewährleistung von Rechten und Freiheiten in den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas, Frankfurt/Oder [= Discussion Paper Nr. 2 des Frankfurter Instituts für Transformationsstudien].
- Putnam, Robert D. 2000: Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community, New York.
- Priller, Eckhard/Sommerfeld, Jana 2005: Wer spendet in Deutschland? Eine sozialstrukturelle Analyse, Berlin [= WZB Discussion Paper SP1 2005 – 202].
- Salamon, Lester M./Anheier, Helmut K. 1999: Der Dritte Sektor. Aktuelle Internationale Trends. Gütersloh.
- Ullram, Peter/Plasser, Fritz 2003: Political Culture in East-Central and Eastern Europe: Empirical Findings 1990-2001, in: Pollack, Detlef/Jacobs, Jörg/Müller, Olaf/Pickel, Gert (Hrsg.): Political Culture in Post-Communist Europe. Burlington, 31-46.

Autor

Dr. Matthias Freise
Leiter der Nachwuchsgruppe Europäische Zivilgesellschaft & Multilevel Governance
Institut für Politikwissenschaft
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Prinzivalmarkt 38
D-48143 Münster
E-Mail: freisem@uni-muenster.de